

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonntage und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Zeitung Die Neue Welt) Robert Viktorius, Magdeburg, Verlag von Bernhard Baranum, Magdeburg-Neustadt. Druck von Franz Berthge, Magdeburg. Geschäftsstelle: Breiteweg 127. Redaktion: Breiteweg 127 (Eingang Schreiberstraße). Fernsprech-Anschluß Nr. 1567.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 2 Mk. 25 Pf., monatlich 90 Pf. Per Annum 1.70 Mk. 2 Exempl. 2.00 Mk. In der Expedition und den Verkaufsstellen Vierteljährlich 2 Mk. monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 2.50 egl. Bestellgeld. Einzelne Nummern separat. der Monatsbeilage, sowie der Sonntagsbeilage Die Neue Welt 6 Pf. Inseratgebühren die fünfspaltige Zeile 15 Pf. Post-Bestellungsliste Nr. 777.

Nr. 5.

Magdeburg, Freitag, den 6. Januar 1899.

10. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Nicht Zuckerfabriken den Betrieb eingestellt.

In der Reichstags-Sitzung am 12. Dezember vorigen Jahres hatte der Staatssekretär des Reichsschatzamts, Freiherr v. Tschirchmann, versucht nachzuweisen, daß unsere gegenwärtige Wirtschaftslage die denkbar günstigste, und keinen Anlaß zu den von den Oppositionsparteien ausgesprochenen Beschränkungen biete.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamts führte aus, daß „wenn auch der Gipfel vielleicht erreicht sei, so doch von einem Herabsteigen auf der Treppe noch keine Anzeichen sich bemerkbar machen“.

Nachdem der Staatssekretär des Reichsschatzamts sodann auf die Einnahmen des Reiches im besonderen verwiesen, sagte er in Bezug auf den Verschleiß des Zuckers: „Der Zucker wird, wie sich nach den bisherigen Ergebnissen erwarten läßt, in diesem Jahre nicht weniger als neun Millionen Ueberfluß liefern. Das ist ein sehr erfreuliches Ereignis, denn es zeigt deutlich, daß der Deutsche, dessen wirtschaftliche Lage zwar keineswegs in allen Teilen des Landes und auch nicht in allen Klassen der Bevölkerung, aber im großen und ganzen sich im Laufe der letzten Zeitläufe sich gehoben hat, gegenwärtig mehr Zucker verzehrt als früher.“

Mit dieser ministeriellen Mitteilung steht in schreiendem Widerspruch die Tatsache (wir citieren nationalliberale Blätter), daß allein in der Provinz Sachsen, dem Eldorado der Zuckerproduzenten, acht Zuckerfabriken ihren Betrieb eingestellt haben, weil (man achte) unter den jetzigen Verhältnissen keine Aussicht auf Gewinn vorhanden ist. Es sind dies die Fabriken in Calbe a. S., in Langenweddingen, in Ummendorf und Duedlinburg, sowie in Neu-Beesen, Groß-Ottersleben, Althensleben und Staßfurt. Einige davon bestehen seit mehr als 50 Jahren.

Wir gestatten uns zunächst eine Einschaltung. Bekanntlich hat das geltende Zuckersteuergesetz die Ausfuhrprämie auf 2 Mark 50 Pf. gesteigert (also verdoppelt), die Verbrauchsabgabe von 18 Mark auf 20 Mark erhöht. Damit nicht die Verdoppelung der Ausfuhrprämie die Staatskasse gefährde, indem ein größerer Betrag als ihm die Erhöhung der Verbrauchsabgabe einbringt, zurückgezahlt werde, werden die Zuckerfabriken jährlich kontingentiert, d. h. diejenigen Fabriken, welche einen größeren als für sie festgesetzten (kontingentierten) Betrag produzieren, müssen für denselben einen Zuschlag zur Verbrauchsabgabe von 2 Mark 50 Pf. pro 100 Kilo entrichten. Diese jährliche Kontingentierung hat, wie der deutsche eragrarische Landwirtschaftsrat 1898 offen erklärte, die Ueberproduktion hauptsächlich gefördert. Außerdem wurde eine besondere Betriebssteuer eingeführt, welche auf den größeren Fabriken etwas größer lastet als auf den kleinen, aber nur ein hohles Dekorationsstück ist, denn eine Fabrik mit 200 000 Doppelcentner Produktion ist durchschnittlich nur 23 Pf. pro Centner ungunstiger gestellt, als die kleinste Rübenquetsche, was den Vorteil des Großbetriebs gegenüber dem Kleinbetrieb nicht besitzigt.

Die Betriebsstellungen von acht Zuckerfabriken in der Provinz Sachsen läßt also zwei Möglichkeiten zu: Entweder ist damit nachgewiesen, daß das neue Zuckergesetz seinen Zweck vollkommen verfehlt hat, die kleinen Zuckerfabriken von den größeren Fabriken zerquetscht sind, oder aber der Verschleiß des Zuckers mindert sich, und damit auch die Aussicht auf Gewinn.

Dann aber widersprechen die Angaben des Staatssekretärs des Reichsschatzamtes den Tatsachen und wir sind auch gegenüber seinen Angaben über die künftigen Erträge des Zuckers sehr mißtraulich geworden. Die Presse, welche im Dienste der Zuckerfabrikanten steht und mit hohen Gratifikationen alljährlich bedacht wird, und mit dem Staatssekretär der Meinung ist, daß unsere Wirtschaftslage die beste der Welt ist, wird nicht umhin können, diesen Widerspruch zu lösen. —

Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

Dem Berliner Tageblatt war seitens seines Petersburger Korrespondenten berichtet worden, daß circa 30 russische Arbeiterinnen aus einer Berliner Cigarettenfabrik ausgewiesen seien. Daraufhin ist dem Blatte nachstehende Mitteilung zugegangen: „Die in Nr. 2 des Berliner Tageblatts vom 2. Januar 1899 enthaltene, angeblich von dem Petersburger Korrespondenten des Blattes depechierte Mit-

teilung, daß dieser Tage die Ausweisung von circa dreißig russischen Arbeiterinnen aus einer Berliner Cigarettenfabrik verfügt worden sei, ist un w a h r.“ Hierauf entgegnet der Vorwärts: In diesem Fall mag Herr v. Windheim formell richtig berichtet haben. Denn wer wollte ihn für verpflichtet halten, nicht in der Weise zu berichten, in der er berichtet, selbst wenn er wüßte, daß die Ausweisung der russischen Cigarettenarbeiterinnen, zwar nicht in Berlin, wohl aber in Charlottenburg **thatsächlich verfügt** worden ist. —

Die Freunde des Ausweisungskurses erklären, daß die Ausweisungen von Dänen selbst gewünscht sind. Diese blödsinnige Behauptung wird in dem Blatte mit dem Kreuz am Kopfe wie folgt begründet: „Die Herren Agitatoren warten nur darauf, daß man ihnen gehörig auf die Finger klopft, um sich sofort ruhig zu verhalten. Die gewerbsmäßigen Hezer freilich, d. h. die davon leben, müssen an die Luft befördert werden, und das haben die Ausweisungen bezweckt. Alles einfach klar, vernünftig; man kann es sich gar nicht besser wünschen.“ — Also die ausgewiesenen Milchmädchen und Knechte sind „gewerbsmäßige Hezer“, die bisher von der Agitation „gelebt“ haben. —

In Apenrade ist der dänische gesellschaftliche Verein von der Polizeibehörde für politisch erklärt und auf Grund des § 8 des Vereinsgesetzes geschloffen worden. —

Die Verhandlung gegen Gustav Landauer und Franz Nubbert wegen Beleidigung des Eberfelder Polizeikommissars Gottschalk findet am 11. Januar d. Js. vor dem Berliner Landgericht statt. Der Strafantrag ist gestellt von seiten Gottschalks und von seiten des Regierungspräsidenten von Posen. Als einziger Zeuge ist von der Staatsanwaltschaft der Kommissar Gottschalk geladen. Damit wird der Fall Bietzen wieder in die Öffentlichkeit gerückt. —

Es soll nicht den Tatsachen entsprechen, daß Bürgermeister Kirchner die Abticht gekündigt habe, den städtischen Dienst im Falle seiner Nichtbestätigung zu verlassen und in das Direktorium eines großen Unternehmens einzutreten. —

In der Angelegenheit des Berliner Bürgermeisters Kirchner ergreift nun auch die Magdeburgerische Zeitung das Wort und bemerkt: „Bei seiner Rückkehr von Jerusalem hat der Kaiser den zu seiner Begrüßung erschienenen Bürgermeister Kirchner in huldvollster Weise begrüßt und dabei zugleich die besten Wünsche für die Entwicklung der Stadt unter seiner Verwaltung ausgesprochen. Man kann danach nur annehmen, daß die Verzögerung dieser Angelegenheit, die auch nur dazu angethan ist, den Bestimmungsort Kirchner zu mehreren, an anderer Stelle zu suchen ist. Wo? Darüber wird vielleicht Herr v. d. Recke im Abgeordnetenhaus Auskunft erteilen, wenn die Bestätigungsfrage nicht vorher die gewünschte Lösung gefunden haben sollte.“ So ein bißchen „Reichsverdroßtheit“ lugt auch aus diesen Zeilen und im übrigen: „Stoß für die Sozialdemokratie.“ Nicht wahr Schweinburg? —

Ueber die Ergebnisse der Viehzählung vom 1. Dezember 1897 im preussischen Staate liegt nunmehr in einem vom königl. statistischen Bureau in Berlin herausgegebenen Heft der ausführliche Bericht vor. Danach betrug die Gesamtzahl der Pferde: 2 808 419 (1892: 2 653 661), der Minder: 10 552 672 (1892: 9 871 521), der Schafe: 7 850 096 (1892: 10 109 594), der Schweine: 9 390 231 (1892: 7 725 601), der Ziegen: 2 164 425 (1892: 1 964 130). Hiernach zeigt sich für das Jahr 1897, außer bei den Schafen, wieder ein namhafter Fortschritt. Er beträgt für die Schweine über ein Fünftel, für die Ziegen über ein Zehntel, für die Minder fast ein Bierzehntel, für die Pferde ein Siebzehntel der fünf Jahre vorher ermittelten Gesamtzahl. Nur die Schafe weisen abermals einen Rückgang um reichlich ein Fünftel auf, was mit der veränderten Wirtschaftsweise zusammenhängt. Mit der Zunahme der Bevölkerung hält die Zunahme des Viehstandes nicht gleichen Schritt, woraus bei dem Abschneiden der Einfuhr notwendigerweise die Vieh- und Fleischnot resultiert. 1897 wurde zum erstenmal das Federvieh mitgezählt; es betrug die Gesamtzahl der Gänse: 3 786 172, der Enten: 1 565 499, der Hühner: 31 121 531. Diese Zahlen sind gradezu überrassend niedrig. Es beweist das, daß unsere Landwirte über die Einfuhr wohl klagen, aber den Markt nicht aus eigener Kraft versorgen können. In den geringen Zahlen des Federviehbestandes drückt sich die Gleichgültigkeit der Landwirte gegen diesen nicht unlohnenden Betriebszweig aus. —

Nachrichten aus dem Auslande.

Aus Petersburg teilt man der Politischen Korrespondenz mit, daß daselbst in der vergangenen Woche eine Arbeiterbewegung ausgebrochen ist. In mehreren Spinnereien sind nämlich die Arbeiter in den Ausstand getreten und es ist selbst zu Störungen der Ordnung gekommen, die nur mit Hilfe der Polizei und Gendarmen unterdrückt werden konnten. Alle Nachrichten über die Lohnbewegung der Arbeiter und Gewaltakte der Polizei wurden unterdrückt. —

Auf der Philippineninsel Malabac sind, wie eine nach Madrid gerichtete Depesche des Generals Nios aus Manila meldet, alle Spanier ermordet worden mit Ausnahme der Frauen, deren Freilassung gegen Lösegeld gefordert werden wird. —

Ein ehemaliger Beamter auf den Philippinen erklärte, die Lage der Gefangenen sei entsetzlich; gefangene Mönche würden mit einem Ring durch die Nase durch die Straßen geführt; andere würden wie Lasttiere behandelt; ein Bischof sei auf offener Straße geschlagen worden. Tausende von Gefangenen seien infolge der Mißhandlungen gestorben. Hentersknechte. —

In Transvaal hat es während der Feiertage keinerlei Ruhestörungen gegeben. Die Befürchtungen der Engländer haben sich also nicht erfüllt. —

Das Januarheft der Contemporary Review enthält einen Aufsatz über die Schlacht von Omdurman aus der Feder des Kriegskorrespondenten der Westminster Gazette im letzten Sudan-Feldzuge, E. M. Bennett. Nach seinem Bericht waren viele von den begangenen Grausamkeiten nicht nötig, sondern entstammten der reinen Wollust. Die auf dem Schlachtfeld verwundenen Derwische wurden nach dem Siege ohne Ausnahme von den Sudaneseen niedergemetzelt. Zur Entschuldigung wurde seiner Zeit angeführt, daß so etwas in einem Sudan-Feldzuge nötig sei, da der verwundete Derwisch noch gefährlicher sei, als der unverwundete. Bennett behauptet jetzt aber, daß auch unbewaffnete, ohnmächtige Derwische ohne Unterschied nicht nur von den ägyptischen schwarzen Truppen hingemacht wurden, sondern daß auch britische Soldaten an dem Gemetzel teilnahmen, „wie es hieß, gemäß dem Wunsche des kommandierenden Generals“. Ferner sei es ein reines Vergnügen gewesen, daß dem Trost erlaubt wurde, unter den Augen des britischen Generals zu plündern und zu morden. Dem Gemetzel auf dem Schlachtfeld folgte die Plünderung der Stadt Omdurman.

„Die ganze Nacht liefen die Sudaneseen in der Stadt umher und die ganze Nacht hörte man Schüsse. Was sich genau ereignete, wird niemand je zu wissen bekommen. Denn ich aber ein jüdischer Soldat mit einem Gewehr versehen auf die Plünderung begierig, denke ich nicht viel an persönliche Ehre, Macht, Leben und Eigentum. Die nächsten drei Tage wurde die Plünderung der eroberten Stadt fortgesetzt. Überall sah man mit Beute beladene Gruppen von Soldaten auf den Straßen stehen. ... Am 4. September kam ein Araber in mein Zelt und sagte mir, daß die eingeborenen Soldaten seine Frau und seinen kleinen Sohn mit Gewalt nach ihrem 4 englische Meilen entfernten Lager geschleppt hätten. Mein Diener erklärte mir, daß einer seiner Freunde von einem sudanesischen Soldaten erschossen worden sei, weil er ihm nicht einen Geldbeutel geben wollte.“

Bennett erzählt, wie britische Truppen mit Magischen Gesäßen in eine plündernde, in einem Knäuel zusammengedrängte Menge von Kriegerbataillonen, Männer, Weiber und Kinder, hineinschossen. „Die sichtbare Waffe möchte sie zu Dupunden werden.“ Man darf gespannt sein, welche Widerlegung der Aufsatz von amtlicher Seite erfahren wird. Im Parlament wird die Sache jedenfalls zur Sprache gebracht werden. Lord Kitchener hat bekanntlich geäußert, daß Grausamkeiten in ausgedehntem Maße verübt worden seien. Nebenbei lehrt der Bericht wieder einmal, wie Menschen auf Menschen dressiert sich in Wesen verwandeln. Krieg dem Kriege, da er auch den Menschen vertiert. —

Der Kampf gegen die Klerikalen.

Aus Brüssel wird der Wiener Arbeiterzeitung geschrieben: Die im Jahre 1900 stattfindenden Parlamentswahlen, bei denen Hälfte der Mandate neu befehrt wird, werden von außerordentlicher Bedeutung sein. Die Wähler werden ungefähr 75 Mandate zu vergeben haben, darunter 18 Mandate von Brüssel, 11 Mandate von Antwerpen u. A. Alle diese Wahlkreise sind gegenwärtig von Klerikalen vertreten, die im Jahre 1896 mit lächerlich kleinen, nur dank der Uneinigkeit der oppositionellen Parteien zustande gekommenen Majoritäten gewählt worden sind. Werden die Klerikalen in Brüssel und Antwerpen bei den Wahlen geschlagen, so ist die gegenwärtige Regierung gestürzt. Darum rüsten schon jetzt alle Parteien zu dem Wahlkampf.

In Brüssel hat sich eine politische Gesellschaft gebildet, die „Alliance“. Sie hat sich die Aufgabe gestellt, ein Bündnis aller oppositionellen Parteien der Klerikalen,

